

Banken

Streit um Berliner Bankkonzern

Die Querelen über die Gestaltung des geplanten landeseigenen Bankkonzerns halten an. In der Holding „Bankgesellschaft Berlin AG“ sollen 1994 die drei Institute Berliner Bank AG, Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank AG und Landesbank Berlin zum zehntgrößten deutschen Geldhaus zusammengefaßt werden. Umstritten ist, wie die öffentlich-rechtliche Landesbank juristisch in die Holding eingefügt wird. Die Landesbanker wollen ihr Haus vor allem personell – über die Aufsichtsräte – anbinden. Die beiden anderen Banken wie auch die CDU plädieren für einen Beherrschungsvertrag nach dem Aktiengesetz; folglich könnte die Holding der Landesbank Weisungen erteilen. Dann würde die Landesbank jedoch ihr Emissionsrecht für mündelsichere Anleihen verlieren und dürfte auch nicht mehr den Namen Sparkasse verwenden. Die beiden Aktienbanken bevorzugen den Beherrschungsvertrag, weil sie damit von der Politik weitgehend unabhängig würden. Bis Ende November müssen die Aktionäre der Berliner Bank über das Vorhaben entscheiden.

Rabattgesetz

Schlechte Zeiten für Abmahner

Wirtschaftsminister Günter Rexrodt will das Rabattgesetz abschaffen, das den Preisnachlaß, den der Händler dem Verbraucher gewähren darf, auf drei Prozent begrenzt. Die Vorschrift aus dem Jahr 1933 behindert nach Ansicht von Rexrodt „Preiswettbewerb und neue Marktstrategien“. Geändert werden sollen auch die Zugabeverordnung und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Was einst zum Schutz der Kunden gedacht war, ernährt heute vor allem sogenannte Abmahn- und Gebührenvereine. Dahinter verbergen sich meistens versierte Rechtsanwälte, die Firmen wegen angeblich sittenwidriger Bagatelverstöße mit horrenden Honorar- und Gebührenforderungen überziehen. Zur Beseitigung der Gesetzesaltlast mußte das zuständige Bonner Ressort freilich erst gedrängt werden. Die EG-Kommission und der Europäische Gerichtshof haben die deutschen Rabatt- und Werbeverbote seit langem als Handelshemmnisse kritisiert.



Pflegeheim

Pflegeversicherung

Wer bezahlt die Spritze?

Norbert Blüm und Horst Seehofer, nach eigenem Bekenntnis einander in herzlicher Freundschaft zugetan, streiten sich heftig über Details der Pflegeversicherung. Seehofer versucht hartnäckig, jegliche Last von den Krankenkassen wegzuhalten. Arbeitsminister Blüm dagegen bemüht sich, die Pflegeversicherung zu Lasten der Krankenkassen zu schonen, weil er anders mit dem geplanten Beitragssatz von

1,7 Prozent nicht auskommt. Neuestes Beispiel: Gesundheitsminister Seehofer weigert sich, die Kosten für die „Behandlungspflege“ im Pflegeheim zu erstatten. Das sind von Ärzten veranlaßte Leistungen wie zum Beispiel Spritzen, die von Pflegegeschwestern gesetzt werden und die bei ambulanter Pflege von den Krankenkassen erstattet werden. Blüm könnte den Bayern bisher nicht überzeugen, daß dieses Krankenkassenleistungen sind.

Kartelle

Hohe Strafen für Zementhersteller

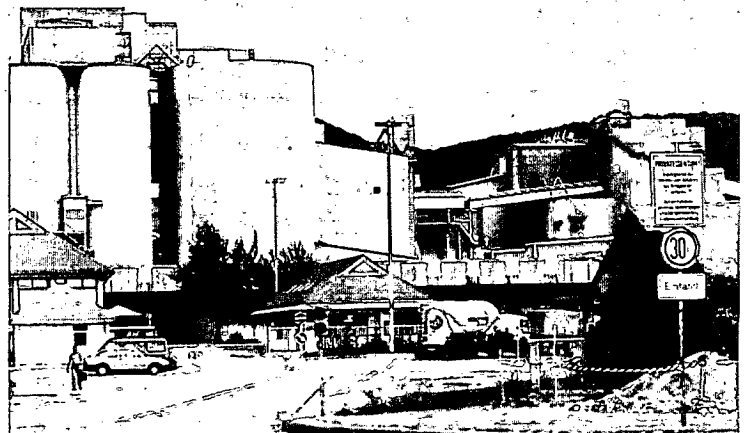
Nach vierjährigen Ermittlungen im größten europäischen Kartellverfahren, dem Zement-Fall, werden die Be-

troffenen, knapp 80 europäische Zementhersteller, im Herbst Bußgeldbescheide von einigen hundert Millionen Mark erhalten. Die EG-Wettbewerbsbehörde kann den Produzenten nachweisen, daß sie über Jahrzehnte hinweg mit einem ausgeklügelten System von Absprachen den Markt unter sich aufgeteilt haben. An den verbotenen Mauseleien waren praktisch alle wichtigen Zementhersteller in der EG beteiligt. Der deutsche Branchenführer Heidelberger Zement muß mit einem Bußgeld etwa in Höhe der letzten Dividendenzahlungen von 43 Millionen Mark rechnen.

Kraftwerke

Holland macht Strom aus Mist

Die Niederländer planen das erste größere Kraftwerk der Welt, in dem Haushaltsabfälle und Dung zur Erzeugung von Strom genutzt werden. In der 20-Megawatt-Anlage soll etwa ein Viertel der 400 000 Tonnen organischer Rückstände, die jährlich in den Haushalten, landwirtschaftlichen Betrieben und der Nahrungsmittelindustrie der Provinz Nordholland anfallen, zur Gewinnung von Gas verwendet werden. Mit diesem Gas wird dann die Stromfabrik befeuert. Das rund 90 Millionen Mark teure Dung-Kraftwerk, das 1995 in Betrieb gehen soll, wird etwa zwei Prozent des in Nordholland benötigten Stroms liefern.



Produktionsanlage der Heidelberger Zement